

5G-Mobilfunk: Erst gebaut, dann rechtlos

Jetzt beginnt die intransparente Auswertung

Wie nach Abschluss der Vernehmlassung im Hintergrund entschieden wird und warum die eigentliche Diskussion jetzt nach Thun gehört

Die Vernehmlassung [zur Teilrevision des Fernmeldegesetzes \(FMG\)](#) im Bereich Mobilfunk ist am 31. März 2026 offiziell abgeschlossen worden. Damit ist jedoch keineswegs ein politischer Prozess beendet. Vielmehr beginnt jetzt jene Phase, in der die entscheidenden Weichen gestellt werden, fernab der öffentlichen Wahrnehmung. Während nach aussen leicht der Eindruck entsteht, das Thema sei vorerst erledigt, startet im Innern der Verwaltung die eigentliche Auswertung.

Gerade dieser Moment ist entscheidend. Denn jetzt wird nicht mehr darüber diskutiert, was im Gesetzesentwurf steht, das ist bekannt. Jetzt wird darüber entschieden, wie die eingegangenen Rückmeldungen interpretiert, gewichtet und in eine politische Erzählung überführt werden. Es ist die Phase, in der aus einer Vielzahl unterschiedlicher Stimmen ein vermeintlich klares Gesamtbild entsteht. Ein Bild, das später als «mehrheitliche Haltung» präsentiert werden kann, unabhängig davon, wie differenziert oder kritisch die tatsächlichen Stellungnahmen ausgefallen sind.

Wir haben [bereits aufgezeigt](#), worum es bei dieser Revision im Kern geht: um die Entkoppelung von Bau, Betrieb und Rechtsschutz, um die Möglichkeit, Mobilfunkanlagen in Betrieb zu nehmen, obwohl Beschwerden hängig sind, und um eine strukturelle Verschiebung zulasten von Vorsorgeprinzip und demokratischer Mitwirkung. Diese Analyse bleibt bestehen. Doch sie greift zu kurz, wenn man den Blick nicht auch auf das richtet, was jetzt folgt.

Denn die eigentliche Dynamik liegt nicht allein im Gesetzestext, sondern in seiner politischen Verarbeitung. Wer wird in der Auswertung ernst genommen? Welche Einwände gelten als substantiell, welche als randständig? Welche Kritik wird übernommen, welche abgeschwächt und welche verschwindet aus der späteren Darstellung? Genau hier entscheidet sich, ob aus einer kontroversen Vorlage im Ergebnisbericht am Ende eine scheinbar breit abgestützte Reform wird.

Die Vernehmlassung erfüllt formal eine wichtige Funktion im politischen System. In der Praxis wirkt sie jedoch häufig wie ein vorgelagerter Legitimationsschritt, dessen

Ergebnisse anschliessend durch Auswahl und Gewichtung in eine politisch anschlussfähige Form gebracht werden. Der Ergebnisbericht, der als Nächstes zu erwarten ist, bildet deshalb nicht einfach die Realität ab, sondern erzählt eine Version davon, strukturiert, verdichtet und eingeordnet. Oder klarer gesagt: Er ist politisches Storytelling.

Der eigentliche Hebel: die Interpretation

Nicht die Vorlage allein ist das Problem, sondern das, was jetzt daraus gemacht wird. Denn in dieser Phase entscheidet sich, wer gehört wird, wer ignoriert wird und welche Einwände als «relevant» gelten, während andere in Fussnoten verschwinden oder in der Gesamtdeutung keine erkennbare Rolle mehr spielen.

Einzelne bereits bekannte Stellungnahmen lassen erkennen, dass es durchaus kritische Stimmen gibt, aus politischen Parteien, von Behörden und aus Teilen der Zivilgesellschaft. Doch wie breit dieser Widerstand tatsächlich ist, bleibt im Moment für die Öffentlichkeit schwer überschaubar. Zwar werden die Stellungnahmen vollständig veröffentlicht, doch daraus entsteht noch keine nachvollziehbare Gesamtschau.

Genau darin liegt das Problem: Die Öffentlichkeit sieht eine Vielzahl einzelner Dokumente, aber keine transparente Gesamtauswertung. Wer sich nicht selbst durch Dutzende Stellungnahmen arbeitet, weiss weder, wie breit kritische Positionen tatsächlich vertreten sind, noch welche Argumente in der Summe dominieren. Was später als «mehrheitliche Zustimmung» präsentiert wird, ergibt sich deshalb nicht aus einer für die Öffentlichkeit klar nachvollziehbaren Auszählung, sondern aus einer nachgelagerten Gewichtung und Interpretation.

Unsichtbarer Widerstand

Schon die wenigen Stellungnahmen, die bislang besonders wahrgenommen wurden, zeigen, dass die Revision keineswegs unbestritten ist. Es gibt Einwände zum Rechtsschutz, zur demokratischen Mitwirkung, zur Rolle der Betreiber und zur Frage, wie unabhängig Kontrolle und Messung tatsächlich sind.

Doch diese Stimmen erscheinen für die breite Öffentlichkeit nur punktuell: verstreut über einzelne Dokumente, ohne Einordnung, ohne Verdichtung und ohne klaren Gesamtkontext. So entsteht ein Informationsvakuum. Man weiss, dass es Kritik gibt,

5G-Mobilfunk: Erst gebaut, dann rechtlos – jetzt beginnt die intransparente Auswertung

aber nicht ohne Weiteres, wie stark sie ist und wie breit sie getragen wird. Genau dieses Vakuum ist der Raum, in dem später politische Deutung entsteht.

Parallel dazu bleibt der inhaltliche Kern der Vorlage bestehen. Die geplante Revision sieht vor, die strahlungsrelevanten Aspekte von Mobilfunkanlagen aus dem klassischen Baubewilligungsverfahren herauszulösen und in ein separates System zu überführen, in dem die Betreiberinnen über Qualitätssicherungssysteme die Einhaltung der Grenzwerte selbst überwachen. Bauliche Fragen bleiben teilweise bewilligungspflichtig, während gesundheitlich relevante Aspekte funktional ausgelagert werden. Damit wird ein Zusammenhang aufgebrochen, der bisher zentral war: die Verbindung von Bau, Betrieb und wirksamem Rechtsschutz.

Während in Bern ausgewertet wird, beginnt in Thun die eigentliche Auseinandersetzung

Während in Bern analysiert, gewichtet und neu formuliert wird, entsteht an einem anderen Ort ein völlig anderer Rahmen für die Auseinandersetzung. **Am 30. April 2026 in Thun** geht es nicht darum, Positionen zu filtern, zu verdichten oder politisch einzuordnen. Dort geht es darum, sich selbst ein Bild zu machen.



Mit der **Weltpremiere des Dokumentarfilms «Die Witwenstrasse» von Klaus Scheidsteger** und der Anwesenheit von Fachleuten entsteht ein Raum, in dem Fragen gestellt werden können, die im politischen Prozess oft keinen Platz mehr finden. Ein Raum, in dem nicht vorab festgelegt wird, was relevant ist, sondern in dem genau darüber gesprochen werden kann.

Gerade vor dem Hintergrund der laufenden Auswertung in Bern gewinnt dieser Anlass eine besondere Bedeutung. Denn wer erst reagiert, wenn der Ergebnisbericht vorliegt, bewegt sich bereits innerhalb eines vorgezeichneten Rahmens. Wer hingegen jetzt hinschaut, sich informiert und eigene Fragen stellt, entzieht sich dieser Vorstrukturierung zumindest teilweise.

Es geht deshalb nicht um einen weiteren Termin im Kalender, sondern um eine bewusste Entscheidung: Will man die Entwicklung erst im Nachhinein zur Kenntnis nehmen oder sich rechtzeitig ein eigenes Urteil bilden?

Die Entscheidungen fallen nicht erst im Parlament. Sie entstehen jetzt, in der Phase der Auswertung. Umso wichtiger ist es, dort präsent zu sein, wo echte Auseinandersetzung noch möglich ist.

5G-Mobilfunk: Erst gebaut, dann rechtlos – jetzt beginnt die intransparente Auswertung

Am 30. April 2026 in Thun, im Burgsaal, Einlass ab 18 Uhr.

Nicht irgendwann. Jetzt.

Wer verstehen will, was gerade entschieden wird, sollte jetzt nach Thun kommen.

[Sichere Dir hier Deinen Sitzplatz](#)